

# Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

## Amtliches.

Berlin, 19. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem persönlichen Adjutanten des Prinzen Albrecht von Preußen R. H. v. Wittmeister von Schlieffen, aggregiert dem Regiment der Gardes du Corps, dem Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Hauptmann von Bloß im 1. Garde-Regiment zu Fuß, dem Oberförster Weich zu Kanten, im Kreise Meurs, und dem Rentamtmann Straube zu Neu-Hardenberg, im Kreise Gebus, den Roten Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Gemeindevorsteher Guthof zu Holtum, im Kreise Soest, dem Defonomen Maschmeyer zu Kösfeld, im Kreise Minden, und dem Schulzen Diefing zu Udenhof, im Kreise Halbe, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Dem Musiklehrer und Dirigenten der Domkapelle, Nikolaus Dunst in Trier, ist das Prädikat „Musikdirektor“ beigelegt; und am Gymnasium zu Tilsit der wissenschaftliche Hilfslehrer Schiepp als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Angenommen: Se. Ez. der Wirkliche Geheime Rath, Graf von Renard, von Groß-Strehlitz.

Bei der heute beendigten Ziehung der 3. Klasse 117. R. Klassenlotterie fielen 2 Gewinne zu 5000 Thlr. auf Nr. 24,237 und 75,461. 1 Gewinn von 1000 Thlr. fiel auf Nr. 86,266. 1 Gewinn von 600 Thlr. auf Nr. 70,734. 6 Gewinne zu 300 Thlr. fielen auf Nr. 27,210, 37,511, 42,084, 68,446, 78,245 und 83,582; und 8 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 10,792, 12,383, 16,141, 25,814, 28,157, 35,559, 68,308 und 85,931.

Berlin, den 18. März 1858.  
Königliche General-Lotterie-Direktion.

## Telegraphische Depesche der Posener Zeitung.

Paris, Donnerstag, 18. März Morgens. Der heutige „Moniteur“ erklärt die Angaben, wie sie der Artikel der „Times“ vom 15. d. in Betreff der heutigen Zustände in Frankreich gebracht hat, für falsch. Die französische Polizei sei niemals weniger inquisitorisch gewesen als jetzt. Der Kaiser gehe stets ohne Begleitung aus und Jeder wisse, daß er keine seiner Gewohnheiten geändert habe. — Ein anderer Artikel des „Moniteur“ erklärt, daß Frankreich, indem es die Entfernung gefährlicher Flüchtlinge von seinen Grenzen fordere, nur von dem Rechte der nationalen Selbsttheiligkeit Gebrauch mache. Spanien habe in gleicher Weise die Internirung der Karlisten, die Schweiz die der Neuenburger Royalisten beansprucht.

(Eingeg. 19. März, 9 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 18. März. [Die Korrespondenz zwischen Frankreich und England; Bundesangelegenheiten; Lotterie.] Die Korrespondenzen, welche zwischen den Kabinetten Englands und Frankreichs in Betreff der Verschönerungsangelegenheit gewechselt wurden, liegen jetzt vor Aller Augen und beweisen, daß man viel Lärmen um Nichts gemacht hat. (Wir werden dieselben in der nächsten Nummer vollständig mittheilen. D. R.) Man sieht deutlich, daß der Kaiser Napoleon weder von der bestehenden Gesetzgebung Englands noch von den beabsichtigten Reformen einen wirklichen Schutz gegen die Unternehmungen der unerbittlichen Anarchisten erwartet. Es kam ihm wohl wesentlich darauf an, irgend ein Zugeständniß von England zu erlangen, um seinen auswärtigen Einfluß in das hellste Licht zu setzen und dadurch seine moralische Macht zu befestigen. Andererseits ist unverkennbar, daß die Koryphäe, wie das Palmerston'sche Kabinet, das französische Bündniß alles Größtes zu erhalten strebt und den Wünschen des Kaisers gern entsprechen möchte, daß man aber der überspannten Nationalität John Russ nicht nahe zu treten wagt. Wenn Napoleon sagt, daß Verschönerungen gegen sein Leben in England geschmiedet worden sind, daß dort von den Adepten der Demagogie die Lehre vom Mordanschlag gepredigt und ins Werk gesetzt wird, so sind das keine Beleidigungen, sondern Wahrheiten, die Lord Clarendon freimüthig genug selbst bezeugt hat. Demnach war der Kaiser gerade durch seine Unabhängigkeit von den Volksläunen in der Lage, die schwierige Stellung des Kabinetts durch eine höfliche Antwort zu erleichtern. So spricht er denn sein volles Vertrauen auf die Loyalität der englischen Nation aus, und der äußere Zwist ist ausgeglichen. — Es ist nicht genau, wenn von einem Rundschreiben Preußens gemeldet wird, welches eine Veröffentlichung ausführlicher Berichte über die Verhandlungen des Bundeskongresses zum Gegenstande haben soll. Preußen versteht nur das Recht der Bundesmitglieder, in den Bundesversammlungen Erklärungen abzugeben und deren Aufnahme in das Protokoll zu bewirken. Die Kontroverse ist noch in der Schwebe. — Bei der Beratung des Votums in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses machte der Regierungskommissar die Bemerkung, in Bezug auf die Nachbarländer habe ein Vergleich der Einwohner- und Looszahl ergeben, daß statt eines Looses in Preußen in Hannover 2, in Sachsen 6, in Braunschweig 18, in Hamburg 30 und in Frankfurt gar 70 Loose der Landeslotterien verkauft wurden.

Berlin, 18. März. [Vom Hofe; Beerdigung des Prof. Busch; die russ. Gesandtschaft.] Ihre Majestäten erschienen heute wieder in unserer Stadt, fuhrn durch mehrere Straßen und

kehrten darauf am neuen Kanal entlang nach Potsdam zurück. Die Prinzessin Alexandrine, welche fast immer in der Nähe ihrer zweiten Mutter, der Königin, verweilt, soll am 31. d. in der Schloßkapelle zu Charlottenburg konfirmirt werden, nachdem ihr bisher vom Hofprediger Dr. Snelhage Religionsunterricht ertheilt worden ist. Am Gründonnerstag wollen die Allerhöchsten und höchsten Personen miteinander das heilige Abendmahl feiern. Zu diesem Familienfeste werden auch einige unserer Königshäuser verwandte künftliche Personen, die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin etc. erwartet. Gestern Abend waren die meisten Mitglieder der k. Familie im franz. Theater. Nach dem Schluß der Vorstellung fuhrn die hohen Herrschaften ins Schloß zu dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm, bei denen eine Soirée stattfand. Der Domchor führte mehrere Gesänge aus, darunter auch zwei englische. Die Prinzen und Prinzessinnen nahmen miteinander den Thee und das Souper ein. Der Prinz von Preußen arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegsminister Grafen v. Waldersee, dem Generale v. Neumann und dem Obersten v. Manneuffel und nahm darauf auch noch den Vortrag des Ministerpräsidenten entgegen. Zur Tafel und auch Abends zum Thee hatten mehrere hochgestellte Personen Einladungen erhalten. — Heute Vormittag 9 Uhr fand das feierliche Leichenbegängniß des verstorbenen Geheimrathes Professor Dr. Busch statt. Die Zahl der Leidtragenden war überaus groß und in ihnen alle Stände vertreten. Musikalische Mitglieder der Großen Landesloge sangen am Sarge den Choral „Was Gott thut, das ist wohlgehan etc.“, worauf der Hofprediger Dr. Strauß die Leichenrede hielt, in der er der Versammlung vorführte, was der Verewigte als Mensch und als Arzt gewesen. Nach dem Liede „Wie sie so sanft ruhen“ wurde die Leiche nach dem Dorotheenstädtischen Kirchhofe gebracht und dort beigesetzt. Ein Musikcorps empfing die Leiche mit dem Chorale: „Jesus meine Zuversicht“. Am Grabe sprach noch der General-Superintendent Dr. Hoffmann und der Rentier Strauß segnete die Leiche ein. Mit dem Gesange des Liedes: „Heil dir und Frieden“ hatte diese Feier ihr Ende erreicht. Die lange Wagenreihe, welche das Leichengefolge nach dem Kirchhofe führte, eröffneten die Wagen des Prinzen von Preußen, des Prinzen Friedrich Wilhelm, und des Prinzen Albrecht. Die Große Landesloge hat beschlossen, um ihren Meister bis zum 12. April in der Weise zu trauern, daß während dieser Zeit weder Konferenzen, noch Arbeiten und Festlichkeiten stattfinden. Am 12. April soll dem Verewigten zu Ehren eine Gedächtnißfeier im Logenhaus abgehalten werden. — Der portugiesische Gesandte Baron Santa-Dutheira hat sein hiesiges Zögertchen am Nervenfieber verloren. Heute Vormittag wurde die Leiche nach der St. Hedwigskirche gebracht und vorläufig dort beigesetzt; in den nächsten Tagen soll sie nach der Familiengruft abgeführt werden. — Der russ. Gesandte Baron v. Budberg machte in diesen Tagen sämmtlichen Mitgliedern des diplomatischen Korps seine Besuche; heute früh ist seine Gemahlin aus Dresden hier eingetroffen. Heute Vormittag machten die bisherigen Gesandtschaftsekretäre der russ. Ambassade ihre Abschiedsbesuche, die meisten folgten dem Baron v. Brunnow nach London. Baron v. Budberg hat sich sein sämmtliches Personal bis zur Dienerschaft herab mitgebracht.

— 1. Breslau, 18. März. [Zwei Töbte; für verwahrloste Kinder.] Noch waren die Glocken kaum verklungen, welche dem würdigen Jubilar Pastor Dr. Roßer am 14. März nachhallten, da hat der Tod ein neues Opfer gefordert: Nees v. Gienbeck, der Präsident der deutschen Akademie, der geistreiche Forscher in den geheimen Werkstätten der Natur, der tiefinnige Gelehrte und tiefinnige Mensch — ist heimgegangen im 83. Jahre seines Lebens (i. Nr. 66), betrauert von vorurtheilsfreien Forschern, wie von Tausenden schlichter Männer und Frauen, die ihrem Vater Nees nicht nur eine schnell verfliegende Thranen nachweinen, sondern ihm ein dauerndes Gedächtniß in ihrem Herzen gesetzt. Oit war ihm das Leben schwer; die Erde wird ihm leicht sein! — Durch den Grafen v. d. Recke-Bolmerstein ist aufs Neue der Anstoß gegeben, auch hier in Breslau ein Rettungshaus, wie solche zum Theil schon in der Provinz bestehen, ins Leben zu rufen. Vor 19 Jahren hatte derselbe bereits ein Komité gebildet, 3300 Thlr. auf ergangene Beihilgungsschreiben gezeichnet erhalten; es wurde aber trotz dieses günstigen Anfanges aus der wichtigen Sache Nichts, weil sich, wie das bei so mancher ähnlichen Sache geht, nicht die Persönlichkeiten fanden, welche die genügende Hingabe des Herzens besäßen, um das Werk zu betreiben mit Eifer und Ausdauer, unentnützt durch manche herbe Seite desselben, stark genug, im Glauben an das Gedeihen ihrer Aufgabe und an deren Gelingen, trotz aller Schwierigkeiten! Solche Männer gehören mehr und mehr zu den Seltenheiten, und werden um so mehr dazu gehören, je schwieriger es ihnen bei der Gütlichkeit, persönlichen Aufopferung, Selbststich, dem Unverstande und dem bösen Willen so Mancher, welche sich ihnen wegen Förderung selbstlicher Absichten anschließen, gemacht wird, das ohnehin schwere Werk zu betreiben. Findet nun eine wahrhaft edle Idee nicht auch die Kraft, welche einen eisernen Muth, eine durch Nichts zu beugende Thätigkeit für ihre Verförperung besitzt, so wird sie bald wieder einschlafen, um (mit ungleich schwierigerem Erfolge vielleicht) sich nach langer Zeit wieder Bahn zu brechen! So ist es denn auch dem zu begründenden Rettungshause gegangen, und wir wollen von Herzen wünschen, daß das Komité, welches sich nunmehr gebildet, jene Requiriten in sich vorfinden lasse, welche ein glückliches Gelingen des Unternehmens sichern. Uebrigens, und das laßt denen zum Ruhme nachgesagt werden, welche seither mit großer Aufopferung dafür thätig gewesen, bestehen bereits hierorts mehrere Institutionen, welche das Wohl verwahrloster Kinder mit gutem Erfolge sich angelegen sein lassen. Der Verein zur Erziehung verwahrloster Kinder, dessen Seele der nach Hamburg berufene Hauptpastor Dr. Krause war, wird von seinem Nachfolger auch in diesem Amte, dem Probst Schmied-

ler, unterstützt von einer großen Zahl von Frauen und Männern, thätig weiter geführt, und katholische, evangelische und jüdische Kinder werden unter seine schirmende Obhut genommen. Evangelischer und katholischer Seite sind Waisenhäuser errichtet. Ueber das zur heiligen Gedwig liegt uns der Jahresbericht vor, welcher mittheilt, daß durchschnittlich 30 und mehr Knaben in demselben untergebracht worden, für deren geistige Ausbildung und körperliche Erziehung die Anstalt Sorge trägt. Durch Zuwendung einiger Legate sind die Mittel des Instituts in erfreulicher Weise vermehrt worden.

Köln, 16. März. [Pater Haslachter.] Die außerordentliche Theilnahme, welche das hiesige gebildete Publikum den im großen Saale des Kasino's mit eminenter Nebengabe abgehaltenen Konferenzen des hochwürdigen Herrn P. Haslachter von Anfang an zugewandt, dauert unvermindert fort. Allabendlich ist der geräumige Saal in dem Grade angefüllt, daß auch nicht das geringste Plätzchen frei bliebe, und zahlreiche Besucher müssen der Ueberfüllung wegen unverrichteter Weise heimkehren. Seine Eminenz, der hochwürdige Kardinal und Erzbischof, welcher schon einer früheren Konferenz beigewohnt, fand sich auch gestern Abend dazu ein. (R. 3.)

Stettin, 16. März. [Stiftung.] Gestern hat, wie die „N. Z.“ meldet, sich hier der Provinzialverein der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landesstiftung für Pommern gebildet, dessen Zweck bekanntlich dahin geht, alljährlich am 25. Januar, als am Vermählungstage J. K. H. des Prinzen und der Prinzessin Friedrich-Wilhelm, unbemittelte und würdige Brautpaare jeder Konfession aus dem Civil- und Militärstande mit je 100 Thaler auszustatten. Vorsitzender des Vereins ist der Kaufmann J. Schwolow. Die Mittel des Vereins haben es erlaubt, schon diesmal zehn Brautpaare auszustatten.

Oestreich. Wien, 17. März. [Der bosnische Aufstand.] Scheint die diesseitige Regierung sehr zu beunruhigen. Für diese Auffassung spricht ein von der „Destr. Ztg.“ gebrachter Artikel, der eine „von Außen ins Land geschleuderte slavische Bewegung“ vermuthet und in gleicher Weise, wie schon früher andere Blätter auf eine endliche Ordnung der montenegrinischen Verhältnisse dringt. Wir entnehmen dem Artikel Folgendes: „Die Pforte muß den Aufstand niederschlagen, Oestreich wird sicherlich der letzte sein, dagegen sein Wort zu erheben; aber ebenso dringend nothwendig ist es, daß die türkische Regierung, wenn sie einmal wieder Herr und Meister im Lande ist, daran denke, die Uebelstände zu beseitigen, welche die Revolte hervorgerufen. Es ist kaum zu leugnen, daß der Funke, welcher das Feuer des Aufstandes entzündete, wahrscheinlich von Außen her ins Land geschleudert wurde. Durch alle Slavensämme, ehe dem die ruhigsten Einwohner des türkischen Reiches, zieht eine Bewegung, die sich zwar schüchtern und in unbedeutenden Anfängen kundgibt, darum aber doch nichts desto weniger vorhanden ist. Es klebt ihr die zweifache Natur des Nationalen und Religiösen an; sie wendet sich sowohl gegen die türkische Herrschaft als gegen den Klerus, der griechisch und nicht slavisch ist. Die Leiden, welche sich noch vor Kurzem am linken Ufer der Donau bei der romanischen Bevölkerung so breit machten, sind offenbar auf die slavischen Bewohner auf der Südseite des Stromes übertragen worden. Eine unsichtbare Hand setzt die Manöver fort, wodurch es so wohl gelungen ist, die Kraft des türkischen Reiches zu brechen. Man giebt der Pforte bald hier, bald dort, bald in dieser oder jener Provinz zu schaffen, verhindert sie, zur Ruhe zu kommen, sich zu sammeln, etwas Durchgreifendes zu schaffen, und macht ihr dann ihr Walfen zum Vorwurf. Diese Verhältnisse aber und diese Lage der Dinge fordern auch, daß ein anderes Ferment der Unruhe aufhöre zu gähren, daß der ewige Hebel von Bewegung in den Schwarzen Bergen einmal zur Ordnung verwiesen werde, daß nicht fortwährend ein Räuberneft den friedlichen Bewohner in Schrecken, und saule Tage die Landmann in die Angst versetzen, seine Hütte verbrannt und sein Leben in Gefahr zu sehen. Wir reden von Montenegro. Stammverwandte der Bosnier, sind die Czernagorzen stets bereit, hinabzusteigen von ihren Bergen und sich an die Spitze eines jeden Aufstandes zu stellen. Sobald der Bosniak ruhig bleibt, ist er für den Montenegriner ein Türke, darf er beraubt und abgeschlachtet werden. Das edle Handwerk des Wegelagerers, Kopfschneiders und Mordbrenners wird von den Bewohnern der Schwarzen Berge mit Vorliebe getrieben, und Oestreich, welches das Glück hat, jenen Räuberstaat zum Nachbarn zu haben, hat auch ein Interesse, ihm das Handwerk zu legen. Oestreich braucht deshalb keinen Schritt ins Feld zu thun, und was „le Nord“ von der Abficht Oestreichs, Montenegro zu besetzen, fabelt, ist Fabel dieser Weltkaffeeschwärzer. Wir würden auch sehr bedauern, wenn das Leben unserer braven Soldaten an die Zähmung dieser Buschklepper gesetzt werden sollte. Aber Oestreich hat es in seiner Macht, den Czernagorzen so oft es will den Brodtopf abzuschneiden. Es braucht nur die Pässe, die ins Gebirge führen, enge zu sperren, und diese Staubbombe muß sich a discretion ergeben, muß thun, was man vorschreibt. Das dürfte Herr Danilo sich zu Gemüthe führen und etwas mehr auf Ordnung halten in seinen Bergen.“

— [Das Tabaksmonopol.] Das kaiserl. Ministerium des Innern hat mittelst Bekanntmachung vom 10. Jan. d. J. sämmtliche politische Landesstellen angewiesen, den in ihrem Verwaltungsgebiete befindlichen Zeitungsredaktionen die Aufnahme von Ankündigungen über den Verkauf und Bezug ausländischen Tabaks zu untersagen. Seit einiger Zeit fanden sich nämlich in österreichischen Zeitungen Ankündigungen auswärtiger Handlungshäuser Behufs Anknüpfung von Verbindungen zum Verkaufe ausländischer Tabaksfabrikate, welche die Folge hatten, den bei weitem größten Theil der dabei interessirten Leser über die Einrichtungen und Bestimmungen des Tabaksmonopols in Oestreich irre zu



führen. In gleicher Tendenz hat das kaiserl. Handelsministerium unter 1. Febr. d. J. die politischen Landesstellen angewiesen, strenge darauf zu halten, daß reisende Handelsagenten nicht Bestellungen auf ausländische Cigarren und Tabak übernehmen und den Bezug derselben an Nichtberechtigten vermitteln. (Br. 3.)

[Oesterreichs Verhalten zum Aufstande in der Herzegowina; türkische Brutalität.] Die Division des k. k. Feldmarschall-Lieutenants Baron Mamula in Oesterreich-Slathien, wohin schon im Herbst 1857 einige frische Truppenteile detachirt wurden, soll im Frühjahr 1858 um eine leichte Brigade verstärkt werden. Die Aufstellung eines zweiten Observationskorps an der Unna und Save erscheint bei der trefflichen Organisation der kroatisch-slavonischen Militärgrenze als überflüssig. Die selbständigen Kommandanten an den Grenzstationen wurden angewiesen, sich streng neutral zu verhalten, die flüchtig gewordenen Bosniaken, Herzegowiner, Montenegrier und Türken, falls sie in Oesterreich-Slathien Schutz suchen sollten, zu entwaffnen und nach den nächstgelegenen Stationen zu instruiren. Das Verbot, an die Montenegrier im Bazar in Cattaro, Pulver und Waffen zu verkaufen, wurde erneuert. Der Fürst Danilo hat sich übrigens im vorigen Jahre von Korfu Munition zu verschaffen gewünscht, und zwar durch die Vermittlung seines dort lebenden Schwagers. — Aus Folsche in der Herzegowina erfährt man, daß viele der dortigen ersten Kaufleute auf Befehl der türkischen Beamten beim Militärtransport gezwungen wurden, Kanonen zu ziehen. Sie wurden förmlich an Stelle der Pferde und Ochsen angespannt, und als Grund angegeben, daß auch sie Antheil an den neuesten Unruhen genommen, und mit darin verwickelt seien.

**Bayern.** München, 16. März. [Verurtheilung einer Räuberbande.] Vor dem Schwurgerichtshofe von Oberbayern stand seit acht Tagen eine Räuberbande (die sogenannte Spreißische Bande) von 8 Köpfen, wie sie seit Menschengedenken so noch nicht dagewesen ist. Die Hauptangeklagten waren furchtbare, ungemein wilde und mit äußerster Frechheit ausgestattete Burschen, deren sittliche Verkommenheit den höchsten Grad erreicht hat. Raubmorde und Mäubereien, gewaltame Einbrüche, 14 an der Zahl, lagen gegen sie vor, und die Voruntersuchung dauerte drei Jahre, weil sie durch das hartnäckige Leugnen und den frechen Trotz der Angeklagten nur mit äußerster Mühe fortschreiten konnte. Mit einer Höheit sonder Gleichen beendeten diese Kerle ihre Opfer, und einer von ihnen soll erst jüngst die Bemerkung gemacht haben, die alte Bäuerin, eine von ihnen gedödete Frau, sei gar nicht der Rede werth. Eigenthümlich ist das Benehmen des einen der Burschen, der sich in der Voruntersuchung, so wie auch in der öffentlichen Verhandlung selbst äußerst frech benahm. Während der dreijährigen Unterjuchung wurde er von furchtbaren Träumen geplagt, so daß die mit ihm in einer Zelle schlafenden Arrestanten um Ausquartierung baten, weil es ihnen vor diesem Menschen Nachtis graute. Wenn aber während dieser Zeit eine Hinrichtung statt hatte, dann versiel er auch wachend in einen Zustand der äußersten Furcht und Feigheit, hüllte sich in seine Decke, ächzte und wimmerte. Am Tage darauf aber war er vollkommen wieder der alte, verstockte Sünder, der auf seine eigenen Schandthaten Schnaderhüpfn sang! Die Gefährlichkeit dieser Menschen war so groß, daß die Gendarmeriemannschaft im Saale des Schwurgerichtes verdoppelt wurde. Man will sogar zwischen den Angeklagten und gewissen Personen aus dem Zuhörerraume Zeichen von Einverständnis entdeckt haben, weshalb der freie Zutritt bedeutend beschränkt, jener gegen Karten aber erweitert wurde. Von den Zeugen, 136 an der Zahl, theils Landseute, theils Zuchtlinge, sagen Erstere nur mit einer gewissen Vengstlichkeit aus, denn sie fürchten die Rache der guten Freunde der Angeklagten. Das gestern verkündete Urtheil des Schwurgerichtshofes lautete bei dem Anführer der Bande selbst und seinen vier Hauptgenossen auf Todesstrafe, bei einem der Raubgesellen auf Kettenstrafe. Die Geliebte des Anführers wurde zu 3 Jahren Arbeitshausstrafe, wovon jedoch 1 Jahr wegen unverschuldeter Haft abzurechnen ist, und ebenso endlich noch einer der Verbrecher zu 2 Jahren Arbeitshausstrafe verurtheilt.

**Hannover.** 16. März. [Guldigung des neuernannten Bischofs von Osnabrück.] Am 9. März war das Palais Sr. Majestät des Königs der Schauplatz einer seltenen Feier. Der neuernannte Bischof des Bisthums Osnabrück, Dr. Melchers, bisheriger Domdechant und längere Zeit Generalvikar zu Münster, leistete den Guldigungsseid in die Hände Sr. königl. Majestät ab. Nachdem der Bischof mit den beiden assistirenden Zeugen, dem Domdechanten Beckmann und dem Herrn Domkapitular Schöder vor Sr. Majestät den König getreten war, hielt Se. Hochwürden die folgende Anrede: Er sei gekommen, seinen Guldigungsseid abzuleisten und die Pflichten der Treue und Unterthänigkeit gegen Se. königl. Majestät im Angesichte Gottes zu beschwören; es werde ihm immer eine angenehme Pflicht sein, diese nicht bloß selbst zu beistehen, sondern dieselben auch in den Herzen der Unterthanen zu befestigen. Zugleich benutzte er die Gelegenheit, im Namen der katholischen Einwohner der bereits vor elfhundert Jahren ins Leben gerufenen Diözese Osnabrück, jener altbewährten Stütze des großen Karl, den tiefgefühlten Dank für die Wiederherstellung derselben am Throne Sr. königl. Majestät niederzulegen; und er werde suchen, nicht allein als Bischof, sondern auch als Unterthan Sr. Majestät diesen Dank zu beistehen und die ihm anvertrauten Katholiken der Diözese Osnabrück in der Gesinnung des treuen Gehorsams und der unterthänigen Anhänglichkeit an Se. Majestät und das königliche Haus zu erhalten. Se. Majestät der König erwiderte darauf: Wie Allerhöchstdieselben von ganzem Herzen erfreut seien, daß nach Beseitigung aller Schwierigkeiten die Wiederherstellung des Bisthums Osnabrück nunmehr verwirklicht werden könne. Die Wahl des Bischofs habe Sr. Majestät besonders am Herzen gelegen, indem demselben die Aufgabe gestellt sei, auf die katholischen Unterthanen seines Sprengels und den Klerus zu wirken, und die heranwachsende Jugend heranzubilden in acht christlicher Frömmigkeit und Gottesfurcht, unerschütterlicher Anhänglichkeit an das königliche Haus und das monarchische Prinzip und in der innigsten und wärmsten Eintracht, Liebe und Duldsamkeit der Unterthanen beider Konfessionen. Se. Majestät hofften, daß diese sich nun um so mehr dauernd und auf ewige Zeiten befestigen würden, als von dem Königshaus in gerechtester Maasse durch die Wiederherstellung des Bisthums Osnabrück der langersehnte Wunsch der katholischen Bewohner dieses Sprengels erfüllt worden wäre und Sr. Majestät die Versicherung gegeben sei, wie gerade der ernannte Bischof mit den hierzu erforderlichen Eigenschaften auf das Reichste ausgestattet sei. Es folgte sodann die Ableistung des Eides nach der hergebrachten Norm, worauf Se. Majestät in feierlichen Worten den Wunsch und die zuversichtliche Hoffnung aussprach, daß der Segen des Allerhöchsten auf diesem Werke für alle Zeiten ruhen möge. Nach Vollendung dieses Aktes wurde den obengenannten beiden Mitgliedern des neuen Domkapitels und dem Herrn Landdechanten Kammerer von Melle noch eine besondere erbetene Audienz gewährt, um im Namen des gesammten katholischen Klerus eine von den Landdechanten und Kameraren der Osnabrücker Diözese unterzeichnete Dankadresse zu überreichen. Nach Verlesung der

Adresse sprach dann der königl. Domdechant die Bitte aus, Se. Majestät möchten auch diesen schwachen Ausdruck des Dankes in Gnaden annehmen geruhen; den thatsächlichen Dank abzustatten, dazu werde man jede Gelegenheit freudig ergreifen und mit gewissenhafter Treue benutzen.

**Baden.** Karlsruhe, 16. März. [Pfarrer Zittel; Gesangsfeier.] Gestern war eine Deputation des evang. Kirchengemeinderaths von Heidelberg hier anwesend, um sich dafür zu verwenden, daß Pfarrer Zittel, der bekanntlich einen Ruf nach Koburg erhalten und angenommen hat, seiner Gemeinde erhalten bleibe. — In den Pfingstfeiertagen findet ein großes badisches Männergesangsfest in Baden-Baden statt, an welchem alle Vereine des Landes sich betheiligen werden. Unser Hofkapellmeister Strauß wird dasselbe dirigiren.

**Heffen.** Hanau, 16. März. [Die Kapuzinermission.] Infolge höherer Anordnung ist wegen der zu Salmünster stattgefundenen sog. Mission durch drei bayrische Kapuziner (s. Nr. 55) im Verwaltungswege eine Untersuchung eingeleitet worden, da die Erlaubnis zur Abhaltung der Mission durch auswärtige Geistliche weder nachgesucht noch erteilt war. (Fr. 3.)

**Büdingen.** 16. März. [Die Forstunruhen.] Die „Fr. P. 3.“ bringt folgende Berichtigung des der Zeitung „Deutschland“ entnommenen Korrespondenzartikels aus Offenbach (s. Nr. 62): Vor Allem sind die in den Wäldungen des Fürsten zu Hensburg und Büdingen und des Grafen Hensburg und Büdingen in Wächtersbach vorgefallenen Exzesse, welche die gewaltthätige Wegnahme bereits aufgeklaffter Holzes bezweckten und deshalb militärisches Einschreiten veranlaßten, nur allein von einigen Hundert Bewohnern der Stadt Gelnhausen verübt worden, und gerade mit dieser Stadt hat wenigstens das fürstliche Haus hier selbst seit Jahren keinen Prozeß wegen beanspruchter Waldnutzungsrechte geführt. Sodann sind jene Exzesse keineswegs durch eine „neuerdings eingetretene Beholdungsart und Forstkultur“ der genannten beiden Ständesherrn, denn eine solche Neuerung ist in der That nicht eingetreten, hervorgerufen worden, sondern es erschienen dieselben vielmehr lediglich als eine Wiederholung der von Bewohnern der Stadt Gelnhausen früher schon öfter gemachten Versuche, die Grenzen der ihnen in dem Büdinger Walde zustehenden, verhältnismäßig festgestellten Holzgerechtigkeit überschreitende Ansprüche gewaltsam durchzusetzen.

**Rassau.** Wiesbaden, 16. März. [Wahlen, Landtagsberufung; Presse.] Die Nachwahlen zu unserem Landtage sind nun beendet. Sie haben theils die liberale, theils die katholisch-klerikale Partei verstärkt, aber im Wesentlichen nichts an dem Charakter der Kammer geändert. Die katholisch-klerikale Partei ist zwar um einige Stimmen stärker, als auf dem vorigen Landtage, allein nicht stark genug, um einen offenen Sturm auf das ihr sehr mißliebige Ministerium zu wagen. Sie wird sich voraussichtlich auf einige Tirailleurgesetze beschränken. Die Meinung der „Augsb. Allg. Z.“: der Landtag werde den oberflächlichen Kirchenkonflikt diskutieren, hat daher sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich. — So eben erscheint das „Verordnungsblatt“, welches den Landtag auf den 24. März einberuft. — Die liberale „Mittelrheinische Zeitung“ und die klerikale „Rassauische Zeitung“ liegen wegen der Wahlen mit einander in sehr starkem Hader. Erstere wirft der letzteren vor, sie beziehe eine östreichische Subvention, und die „Rassauische“ erwidert darauf, daß sei eine Privatfache und gehe Niemanden etwas an. (3.)

### Großbritannien und Irland.

**London.** 16. März. [Die Verschwörungsbill; die Verhaftung Hodge's; die Maßnahmereien; Tagesnotizen.] „Weekly Dispatch“ will wissen, Lord Derby sei durch eine Deputation von 40 Parlamentsmitgliedern veranlaßt worden, die Verschwörungsbill aufzugeben. Jene 40 hätten nämlich erklärt, sie würden andernfalls gegen die neue Regierung stimmen, und zwar seien dies lauter konservative Derbyten. — Ueber die Verhaftung des Engländers Hodge in Genua bemerkt der ministerielle „Morning Herald“: „Herr Hodge, der junge in Genua auf Andringen der französischen Polizei verhaftete Engländer, hat sich offenbar sehr unklug benommen. Er war, wie es scheint, mit Desini und Bernard sehr vertraut und überdies sehr unvorsichtig in seinen Reden. Wahrscheinlich wurde er von diesen Verschwörern gesoppt, und da er ein Mann von Vermögen ist, mag er unabsichtlich ihre schändlichen Pläne gefördert haben. Trotzdem hat die Regierung Ihrer Majestät seine Auslieferung an Frankreich zu gestatten verweigert.“ (s. Nr. 65). Nach den Bestimmungen des zwischen Sardinien und Frankreich bestehenden Auslieferungsvertrages kann der Unterthan eines dritten Staates nicht ausgeliefert werden, außer mit der Zustimmung dieses dritten Staates. An dieser Konvention hat sich die englische Regierung niemals betheiligt. Die sardinischen Behörden halten Herrn Hodge in Haft, versehen ihn jedoch mit jedem Komfort und erlauben seinen Freunden freien und ungehinderten Zugang zu ihm. — In einem anderen Artikel deutet der „Gerald“ an, die Regierung dürste vielleicht in mehreren Provinzialstädten Agenturen des auswärtigen Amtes eröffnen, damit man, um einen Paß zu erhalten, nicht erst nach London kommen müsse. Ueber die französischen Pöbelregulierungen seien übrigens sehr viel Unwahrheiten ausgesprengt worden. Ein Engländer könne in Frankreich ohne irgend eine Belästigung reisen, und Paris sei mit Gassen so angefüllt, daß es schwer halte, eine Wohnung zu bekommen. Die „Times“ dagegen hat es sich jetzt, wie es scheint, zur Aufgabe gemacht, die Zustände in Frankreich und in Paris täglich in schwärzeren Farben zu malen. Heute bringt sie einen Leitartikel, der in dieser Beziehung alles bisherige überbietet. — Der Artikel im „Morning Herald“, welcher die deutschen Ansprüche einmal gerechter behandelte, wird von der dänischen Presse wirklich für eine Erklärung des neuen torijistischen Ministeriums gehalten. Getreu ihrer Taktik kann sich die dänische Presse für diese Auslassung keinen anderen Grund denken, als die Familienverbindung der königlichen Dynastien von England und Preußen. — Seit vorigem Donnerstag sind nicht weniger als 380 Mann von der Garde und Linie, 80 Mann von der Miliz und 10 Mann von den Marineoldaten desertirt. Das Kriegsministerium bietet jetzt für die Einfangung eines Deserteurs 1 Pf. St. Belohnung. — In Dublin herrscht noch immer große Aufregung wegen der neulichen Händel zwischen Polizei und Studenten. Ein schwer verwundeter Student, Leeson mit Namen, liegt noch immer gefährlich darnieder. Die Polizei scheint brutal verfahren zu sein, und der sie befehlende Oberst Browne ist dem Vernehmen nach für die Dauer der von Amts wegen angeordneten Untersuchung seines Postens entbunden worden.

[Das italienische Parlament] der konstitutionellen Unionisten, dessen Verhandlungen jüngst einiges Aufsehen erregt haben, wird jetzt von mehreren Seiten für eine Mythe ausgegeben! Im „Morning Advertiser“ machten mehrere Italiener darauf aufmerksam, daß man in keinem einzigen Hause in Newman-Street, wo die Konferenz getagt haben soll, etwas davon wissen wolle. „Daily News“ wurde mit Anfragen nach den Adressen der Redner u. s. w. überhäuft und erklärt, die Berichte über die Konferenzverhandlungen seien der Redaktion von unbe-

kannter Hand zugefesselt worden. Keiner der in London lebenden literarischen oder politischen Italiener habe einen einzigen der Signori gesehen, die in der Konferenz eine Rolle gespielt; kein Italiener habe ihre Wohnung ermitteln können, und doch sei es schwer, die ganze Geschichte für einen Schwanke zu halten. Da der erste Bericht über das italienische Parlament ausschließlich in der „Times“ erschienen sei und da sie in ihrem leitenden Theil den berühmten Geschichtsschreiber Farini als Verfasser der italienischen konstitutionellen Adresse bezeichnet habe, so werde dieses Blatt am ehesten im Stande sein, nähere Auskunft zu erteilen oder zu erforschen, ob der Vorfall Wirklichkeit oder Mystifikation war.

[Tagesnotizen.] Es sind neue Aktienstücke über den indischen Aufstand veröffentlicht worden. Dieselben füllen 230 Seiten. Das interessanteste darunter ist ein beinahe 30 Seiten langer Bericht des Kapitän Norman über die Belagerung von Delhi. — Die Zahl der Pollizisten, welche bei den neulichen Unruhen in Dublin Verletzungen erlitten, beläuft sich auf sechssehn.

[Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung theilte der Marquis von Clanricarde mit, daß er sich entschlossen habe, die von ihm auf den heutigen Tag angekündigte Erklärung über gewisse ihn betreffende persönliche Verhältnisse nicht abzugeben. Der Marquis von Londonderry fragte den Earl von Derby, ob die Regierung den Brief des früheren Lordkanzlers von Irland, durch welchen die Theilnehmer an dem Drangistenbunde als Hinderniß für die Ernennung zu Magistratsstellen bezeichnet wird, zur Richtschnur für ihr Verhalten machen wolle. Lord Derby entgegnete, der frühere Lordkanzler von Irland habe seine Befugnisse überschritten. Der Drangistenbund sei eine lokale und konstitutionelle Körperschaft, und der bloße Umstand, demselben anzugehören, könne nicht als Grund erachtet werden, weshalb Jemand nicht eine Magistratsstelle bekleiden sollte. Der Earl von Malmesbury legte die Korrespondenz mit Frankreich auf den Tisch des Hauses nieder. Er sagt, dieselbe sei in einer für beide Theile ehrenvollen und befriedigenden Weise zum Schluß gekommen. Viel habe dazu das gerade Auftreten des Grafen Walewski beigetragen. Ihrer Majestät Regierung lege den höchsten Werth auf das Bündniß mit Frankreich und theile die in der letzten Depesche des Grafen Walewski ausgesprochene Ansicht, daß dasselbe nur dann Dauer haben könne, wenn die Ehre des einen Landes niemals der des andern geopfert werde.

In der Unterhaus-Sitzung legte der Schatzkanzler die Korrespondenz mit Frankreich vor. Die indische Anleihebill wurde zum dritten Male verlesen und ging durch. Der Schatzkanzler wünschte einige irtige Anschauungen in Bezug auf die Cagliariangelegenheit zu beseitigen. Als die gegenwärtige Regierung ins Amt getreten sei, habe sie in der Voraussehung, daß die Jurisdiktion des Königs von Neapel in dieser Sache von ihren Vorgängern unbedingt anerkannt worden sei, gebahnt, es stehe ihr nicht frei, Schritte zu thun, welche dieser Jurisdiktion zuwiderläufen. Es stelle sich nun heraus, daß, selbst nachdem die in der Debatte vom Freitag erwähnten Umstände zur Kenntniß des vorigen Ministeriums gelangt seien, dasselbe die Jurisdiktion des Königs von Neapel noch immer anerkannt habe. Das jetzige Ministerium nun habe es unter den obwaltenden Umständen für das Beste gehalten, eine Person von angesehenen Stellung und von Einfluß dahin zu instruiren, daß sie darauf dringe, die beiden gefangenen Engländer sofort vor Gericht zu stellen. Am Freitag nun habe Lord Palmerston erklärt, die vorige Regierung habe vor ihrem Rücktritte die ganze Sache nochmals in Erwägung gezogen. Er müsse gestehen, daß eine sorgfältige Prüfung der Dokumente keinen Schlüssel zu dieser Erklärung biete. Dadurch sei eine peinliche Verantwortlichkeit auf die gegenwärtige Regierung gewälzt worden, und sie habe es für ihre Pflicht gehalten, diese Sache den Kronjuristen zu unterbreiten. Wenn diese ihr Gutachten abgegeben hätten, werde sie so handeln, wie Gesetz, Recht und Pflicht es gebiete. Das Gutachten der Kronjuristen werde dem Hause vorgelegt werden. Lord Palmerston bemerkte, als das vorige englische Ministerium die Jurisdiktion der neapolitanischen Regierung anerkannt habe, sei es von der Voraussehung ausgegangen, daß der „Cagliari“ innerhalb der Territorial-Gerichtsbarkeit von Neapel weggenommen worden sei. Später habe sich allerdings gezeigt, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Wäre nun der „Cagliari“ mit Gewalt weggenommen worden, so hätte England das Recht gehabt, die Freilassung der beiden Ingenieure zu verlangen. Bis jetzt sei aber noch nicht hinlänglich aufgeklärt, ob der Kapitän des „Cagliari“ sich nicht freiwillig der neapolitanischen Regierung überliefert habe. Osborne warf dem jetzigen Ministerium vor, daß es noch gar nicht mit einem Programme vor das Parlament getreten sei und daß auf der Wahlbühne aus dem Munde von Mitgliedern der Regierung so viele sich schnurstracks widersprechende Ansichten laut geworden seien. Der Schatzkanzler entgegnete, die Minister seien allerdings nicht in allen Fragen einerlei Meinung; dasselbe aber gelte auch von den Mitgliedern des vorigen Kabinetts, deren Ansichten über die Kirchensteuer, die Judenfrage und die geheime Abstimmung getheilt gewesen seien. Wenn man die allgemeinen Grundsätze einer politischen Partei kenne, so sei es besser, mit jeder einzelnen Gesetzesvorlage vor das Parlament zu treten, als gleich einen ganzen Katalog von Bills zu bringen, die noch nie durchgingen. Lord J. Russell erklärte, daß er von einer Reformbill Disraeli's nicht viel Gutes erwarte.

### Frankreich.

**Paris.** 16. März. [„Times“ und „Konstitutionnel“; die Sicherheitsmaßregeln; Tagesnotizen.] Ob die „Times“ mehr Laubstrosch ist, der aus einer gewissen Nothwendigkeit Sonnenchein und Sturm ankündigt, oder mehr Chamäleon, das zu seinem Privatnugun die Farbe wechselt, darüber mögen sich die Gelehrten streiten; daß sie ihre Spalten aber der Ablagerung aller und jeder Meinungen öffnet, das ist eine Thatfache, die bei dem gebildeten und nachdenkenden Leser vielleicht der Wucht ihrer Bedeutung Eintrag thun mag, die aber doch nicht verhindert, daß dem profanum vulgus von dem leitenden Journale Europas eine kaum wieder zu entwirrende Konfusion der Begriffe und Ansichten oktroyirt wird. Der „Konstitutionnel“, dessen offiziöse Beziehungen zu größerer Vorsicht im Ausdruck mahnen, als der „Univers“, in seiner freilichigen Gewohnheit sich auferlegen mag, ist über den letzten Artikel der „Times“, der in Bezug auf die Freischäre „Napoleon III. und England“ ungefähr das Gegenbild des ersten lag, offenbar sehr ungehalten, aber, um den kaum hergestellten Frieden zwischen den beiden Gouvernements nicht seinerseits zu kompromittiren, begnügt er sich, die Widersprüche der „Times“ zu konstatiren und hinzuzufügen, daß solches Gebahren nur ein mitleidiges Lächeln verdiene. Bei allen denkenden Lesern schwerlich mehr, aber wie viele Leser der „Times“ werden sich anstatt des bequemen Glaubens dem heiligen Geschäft des Denkens unterziehen? — Die sogenannten Sicherheitsmaßregeln werden mit ganz außerordentlicher Strenge gehandhabt. Vor wenigen Tagen befand sich der Graf de Balain, ehemaliger belgischer Botschafter am Hofe von Lissabon, in Paris. In einem Kafé nach Einigen, wie Andere aber behaupten, bei einem Restaurant, ließ derselbe es sich bei-



fallen, nach der echten, der Brüsseler Ausgabe der „Indép. Belge“ zu fassen, indem er das ihm dargereichte, zur Reise nach Frankreich zugesandte Exemplar zurückwies. Sofort wurde er von einem bei dieser Scene gegenwärtigen Agenten der geheimen Polizei ersucht, ihm auf die Bräse zu folgen, wofür man ihm den freundschaftlichen Rath gab (wahrscheinlich, damit er die „Indép.“ ohne Verzug in die Hände bekommen), mit dem nächsten Zuge die Rückreise nach Belgien anzutreten. Wie gesagt, so gethan. Alle Vorstellungen verschlugen nichts, und Hr. de Selaing mußte sich wirklich ohne Weiteres aus dem Staube machen. — Der eidgenössische Bundesrath soll im vollen Rückzuge von den bis her beanstandeten Forderungen Frankreichs in der Flüchtlingsfrage begriffen sein, und Hr. Kern hat dem Grafen Walewski eine Note überreicht, nach welcher die Aufklärung des bezogenen Himmels zwischen hier und Bern nicht mehr zu bezweifeln ist. — Gestern Morgens nahm die Erste Kammer des kais. Hofes beim Beginn ihrer Sitzung die Ummwandlung der gegen Audio ausgesprochenen Todesstrafe zu Protokoll und befaßte die Eintragung derselben in die Register des Hofes. Der Präsident Delangle präsidirte der Sitzung, welcher Audio, von drei Gendarmen begleitet, anwohnte. Er trug die Gefängnisstrafe und hatte das sorglose Aussehen, das er während der Debatten angenommen hatte, vollständig verloren. Nach dieser Formalität wurde er nach dem Gefängnisse La Roquette zurückgebracht. — Wie man jetzt erfährt, hat Orsini einen zweiten Brief an den Kaiser, und zwar aus dem Gefängnisse La Roquette datirt, geschrieben. In demselben zeigt Orsini große Reue über seine That, die so schreckliche Folgen gehabt, stellt aber wiederum das Verlangen an Louis Napoleon, er möge Italien zu Hülfe kommen. — Da das Wasser in der Seine in den letzten Tagen endlich wieder etwas gestiegen ist, so haben viele Fabriken, die aus Wassermangel ihre Arbeit beschränkt oder eingestellt hatten, von Neuem mit aller in Thätigkeit gesetzt werden können; auch hat die Schifffahrt wieder begonnen. — Die Arbeiten an der Eisenbahn von Marseille nach Toulon werden mit rastlosem Eifer betrieben; die Hauptschwierigkeiten, die bei Cassis und Aubagne zu überwinden waren, sind ziemlich beseitigt, und man hofft, die Bahn im Mai 1859 dem Verkehr übergeben zu können. — Am 8. März, Morgens um 4½ Uhr, wurde in Algier ein zweites Erdbeben verspürt. Der Stoß, welcher ziemlich stark war, ging wagerecht von Osten nach Westen. Unglücksfälle sollen sich nicht ereignet haben. (3.)

— [Prinz Jerome; Ordensverleihungen; das russische Geschwader.] Prinz Jerome ist noch immer krank. — Durch Dekret vom 13. März hat der Kaiser dem General und Adjutanten des Kaisers, Hrn. Roguet, der bei dem Attentat am 14. Januar verwundet wurde, das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen. Drei Gendarmen, welche in ihrem Dienste verwundet wurden, erhielten die Militärdenkünze. — Das russische Geschwader, welches auf der Toulonner Rade seit mehreren Monaten vor Anker lag, ist am 12. März Mittags wieder in See gegangen.

### Belgien.

Brüssel, 16. März. [Der Ehebruchsprozess] gegen die Dame Nitage und ihren Mitschuldigen, den Abbé Van Zilio ist jetzt auch in der Appellationsinstanz verhandelt worden. Da die Sitzung im Anfang öffentlich war, hatte sich ein sehr zahlreiches Publikum dazu eingefunden. Van Zilio wird durch Gendarmen heringeführt und setzt sich neben die Mitangeklagte, die sich oft mit ihrem Verteidiger und mit Van Zilio unterhält. Sie trägt, wie früher, eine Trauerkleidung, aber eine sehr elegante, die von Geschmack und zugleich von Koketterie zeugt. Aus der Festsitzung der Individualität der Beschuldigten geht hervor, daß die Dame 29 Jahre und Van Zilio 45 Jahre alt ist. Herr Nitage, der wieder als Civilpartei auftrat, und sich bei Seite halten wollte, wurde von dem Präsidenten aufgefordert, sich zu seinem Advokaten, auf der Bank der Verteidigung, zu setzen. Auf den Antrag des Generaladvokaten Vandenpeereboom mußte das Publikum den Saal räumen. Nachdem der Bericht über die frühere Prozedur vorgelesen worden, trug einer der Advokaten des Van Zilio darauf an, die Entscheidung des ersten Richters in Betreff der bei dem Angeklagten beschlagnahmten Briefe, die mehrere Damen kompromittirten, zu annulliren. Das öffentliche Ministerium sowohl wie die Advokaten der Civilpartei bekämpften den präjudiziellen Einwand, und der Gerichtshof entschied denn auch, daß die saubere Korrespondenz nochmals bei den Debatten vorgelesen werden sollte. In der folgenden Sitzung, wobei Madame Nitage nicht zugegen war, wurde das sehr streng motivirte Urtheil verkündet. Die Gefängnisstrafen von vier Monaten für die Dame und von zwei Jahren für Van Zilio wurden bestätigt, außerdem aber wurde die Geldbuße des Letzteren von 100 auf 2000 Fr., und die Schadenersatz, die er an den verletzten Ehegatten bezahlen muß, von 500 auf 5000 Fr. gesteigert. Van Zilio soll ein nicht unbedeutendes Vermögen besitzen, was es der Großmuth seiner Freundinnen verdanke, wie denn unter den vorgelesenen Damenbriefen sich mehrere befanden, worin ihm Geldsummen zur Verfügung gestellt werden, in einem sogar 10,000 Fr. auf einmal, die eine Dame für ihre heimlichen Ersparnisse ausgiebt, und die sie ihn bittet abzuholen. (B. 3.)

### Schweiz.

Bern, 16. März. [Die Flüchtlingsangelegenheit.] Der „Bund“ meldet Folgendes: „Vom eidgenössischen Kommissariat in Genf ist ein neuer Bericht angelangt. Die Regierung von Genf hat, dem Wunsche des Bundesraths gemäß, die Société italienne de secours mutuels aufgehoben. Durch die Bemühungen des Kommissariats sind bis jetzt 41 Individuen von Genf theils fortgeschafft, theils werden sie es noch, theils waltet über sie die Untersuchung, und zwar sind Franzosen: 4 schon fortgewiesen, 8 noch auszuweisen, 5 stehen noch in Untersuchung; Italiener: 17 werden ausgewiesen, über 7 waltet die Untersuchung.“ Auch der zweite Flüchtlingskommissar, Bischoff aus Basel, ist heimgekehrt. Ueber jegige und künftige Maßregeln hat sich das Kommissariat mit der Regierung von Genf vollständig geeinigt. Die noch rückständigen Geschäfte besorgen die Kommissare von ihrer Heimath aus. Fragt man nun, was haben die Flüchtlinge eigentlich gegen Frankreich oder sonst verbrochen? so bleibt man, wenigstens bis jetzt, ohne alle Antwort. „In der „Berne Ztg.“ liest man: „Es fanden sich in Genf im Ganzen 17 französische und 24 italienische Flüchtlinge vor; (also keine 16,000 oder 1600); von diesen werden ungefähr zwei Drittel internirt. Es stellt sich durch die Mittheilung der Behörden von Waadt heraus, daß die franz. Gesandtschaft öfters solche Leute mit Pässen versehen hat, gegen deren Anwesenheit als Flüchtlinge sie hinterdrein reklamirt.“ Der ausgewiesene angebliche Flüchtling Labouret hatte nach einer vom Bieler „Handelskurier“ aus guter Quelle geschöpften Mittheilung sogar eine förmliche Ernennung als französischer Polizeient für die Schweiz in der Tasche; dieselbe befindet sich nun in guten Händen und kann auf Verlangen vorgezeigt werden. (N. 3.)

### Spanien.

Madrid, 11. März. [Zerfetzung der Parteien; der neapolitanische Gesandte.] Obgleich die Regierung den Sieg bei

den Cortes davongetragen, so ist das keineswegs dem Umstande zuzuschreiben, daß irgend Jemand von der Regierungspartei im Stande gewesen wäre, den Eindruck zu verwischen, welchen die Rede von Santa Cruz hervorgerufen hat. Obgleich die neue Regierung die Majorität auf ihrer Seite hat, so ist sie doch in einer übeln Lage. Der Hof ist verberbt, die Parteien sind alle aufgelöst, was wieder natürlich ist, da die Politik nicht im Parlamente, das aus keiner freien Wahl hervorgeht, gemacht wird. Die Demokratie, um nicht zu sagen: die Demagogie, macht Fortschritte im Lande, und die progressivste Partei haßt die Dynastie eben so stark, als sie von dieser gehaßt wird. Die Moderados sind getrennt und verberbt wie alle Anderen, und so ganz unfähig, eine Regierung zu bilden. Gonzalez Bravo will ein Ministerium machen, und Narvaez hat denselben Wunsch, Pezuela strebt ebenfalls hiernach, Satorius hat auch keine anderen Gedanken, ebenso Mon, und alle diese Korrupten lassen sich gründlich. Wir haben ohne Uebertreibung ein Duzend Ministerpräsidentenkandidaten aufzuweisen, die alle nach dem Augenblicke lauern, wo das Kabinett Jsturz den Geist aufgibt. Es wäre möglich, daß die vielen Kompetenzen ihm das Leben retteten. Die bedeutenden Staatsmänner, die da helfen könnten, ergeben sich in Intriguen und kennen kein höheres Ziel als ein Portefeuille. — Vorgestern wurde der neapolitanische Gesandte Graf Griseo von der Königin unter dem üblichen Cerimonien empfangen, um seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Seine Ansprache wurde von der Königin aufs Höflichste erwidert.

— [Eine Depesche] vom 15. März meldet: Die Jesuitenmission wird in den nächsten Tagen nach den Philippinen abgehen. — Heute beginnt im Senat die Budgetdebatte.

### Portugal.

Lissabon, 1. März. [Sterblichkeit während des gelben Fiebers.] Aus den amtlichen Angaben über die hiesige Sterblichkeit während des gelben Fiebers im vorigen Jahre ergibt die auffallende Erscheinung, daß in dem dem Ausbruch des Fiebers vorausgehenden Monaten die Sterblichkeit auffallend geringer war, als in den entsprechenden Monaten der vorangehenden Jahre. Achtet man ferner auf den Umstand, daß unter den in den 4 letzten Monaten Gestorbenen sich 6701 Erwachsene und nur 1173 Unerwachsene befanden, und daß unter den ersteren das männliche Geschlecht durch 4394 Männer, das weibliche nur durch 2317 Opfer vertreten war, so ergibt sich ferner, daß vorzugsweise Männer von der Seuche ergriffen wurden und ihr erlagen, während Frauen und Kinder am meisten verschont blieben.

### Dänemark.

Kopenhagen, 16. März. [Reichsrath.] Die die deutsch-dänische Streitfrage betreffenden Aktenstücke sind heute dem Reichsrathe vorgelegt worden. — Das Gegengesetz wurde in zweiter Behandlung in der vom Ausschusse beantragten Fassung angenommen. — Der Kriegsminister hat den Gesetzentwurf, die Seebefestigung Kopenhagens betreffend, wie dieser bei der zweiten Behandlung angenommen worden, unverändert dem Reichsrathe vorgelegt. (S. N.)

### Türkei.

Konstantinopel, 3. März. [Die Feuersbrunst in Adrianopel; Truppen nach der Herzegowina; strenger Winter.] Die Feuersbrunst, die das Regierungspalais des Paschas in Adrianopel am 19. Februar vernichtet hat, dürfte von sehr wichtigen Folgen sein, indem dabei ein Komplot zu Grunde lag. Das Feuer loderte in der Nacht an mehreren Stellen zugleich auf; die Diener und Wächter waren verschwunden, die Militärwache von 12 Mann und einem Leutnant gab keinen Alarm. Erst von den benachbarten Häusern erscholl der Feuer- ruf. Die schlafenden Beamten des Paschas und er selbst schwebten in der größten Gefahr und mußten, da die Treppen brannten, aus den Fenstern herunterspringen. Alle Adressen waren unbrauchbar gemacht. Zeuflischer ist nie eine Feuersbrunst angelegt und ausgeführt worden. So viel man bis jetzt herausgebracht, galt es, Dokumente und Papiere zu vernichten, welche gewisse Leute sehr kompromittiren, indem sie deren Unterschleife bewiesen. Es ist auch vollkommen gelungen, diesen Zweck zu erreichen; aber zugleich ist ein Gebäude im Werthe von 2½ Millionen Pfund und das Leben von 15 Personen das Opfer geworden. Eine Untersuchungskommission ist eingesetzt und der Offizier der Militärwache schon in Ketten geworfen. — Die Truppen, welche nach der Herzegowina und nach Bosnien von hier abgehen sollten, haben, durch die Kälte und Stürme aufgehalten, ihre Abreise auf diese Woche verschoben müssen. Sie werden mit einem Schraubenlinienschiffe und vier Dampfregatten abgehen und der Postenkommissar Kemal Effendi, mit demselben zugleich abreisen. — Aus allen Provinzen wird über den mächtigen Schneefall berichtet, selbst in Alexandria und Kairo hat Schnee gelegen. Aus Galatz erfahren wir, daß die Donau mit einer anderthalb Elle dicken Eisschicht bedeckt ist und die dort überwinternden Schiffe in der größten Gefahr vor dem bevorstehenden Eisgange sind. Auch im Schwarzen Meere sind verschiedene Häfen eingestoren. So der von Varna. (R. 3.)

### Asien.

— [Depesche aus Indien.] Einer offiziellen Depesche aus Bombay vom 24. Febr. zufolge war General Dutram nicht angegriffen worden. Renna Sahib soll mit einer Heeresmacht den Ganges überschritten haben, um in Bundesland einzurücken, wohin General Lawrence die Sikhs detachirt hat. Die Ghurkas schlugen die Rebellen bei Gondahl. — In Kanton war am 28. Januar Alles ruhig. Jesh befand sich noch immer in der Gefangenschaft.

### Amerika.

Newyork, 1. März. [Die Mormonenangelegenheit.] Brigham Young hat am 15. Dezember an die Legislatur von Utah eine Botschaft erlassen, in welcher er sich, nach einer Schilderung der Fortschritte des Territoriums in der Agrikultur, den Gewerben und dem Volksunterricht, über die Differenzen mit der Regierung der Vereinigten Staaten verbreitet. Die Verfügung des Präsidenten, welche ihn seines Amtes entsetzt, sucht er zu ignoriren und glebt sich das Ansehen, als betrachte er das von der Federalregierung gegen die Mormonen ausgesandte Truppenkorps als einen bewaffneten Räuberhaufen, der sich widerrechtlich gegen die Mormonen gewandt habe, weshalb er denn auch die Legislatur auffordert, die geeigneten Maßregeln zur Vernichtung dieser Räuber zu ergreifen. Die Legislatur faßte in Folge dieser Botschaft mehrere Beschlüsse, durch die sie ihr Vertrauen zu Brigham Young ausdrückt und ihren Entschluß, ihn nachdrücklich zu unterstützen. Zugleich wurde der Beschluß gefaßt, Green County dem Utah-Territorium einzuverleihen, vermuthlich in der Absicht, die von

dem Obertribunal Ecles, in jener Grafschaft getroffenen Maßregeln wenigstens formell zu annulliren. Nach Berichten von der Salzsee-Stadt leiden die Mormonen Mangel an Lebensmitteln und Kleidungsstoffen. — Das Kriegs-Departement hat Depeschen des Chefs der Utah-Expedition, Obersten Johnston, vom 4. Januar erhalten. Es geht daraus hervor, daß es zunächst darauf ankommt, das Fort Laramie hinreichend zu verproviantiren, damit das Korps von dort aus mit Lebensmitteln versehen werden kann. General Scott hat die geeigneten Maßregeln getroffen, damit diese Zufuhren am 1. Juni dem Korps zugegangen sein können. Zugleich ist dem in Neu-Mexiko kommandirenden General Galland der Befehl zugesertigt worden, den Kapitän March, der dem Korps Pferde und Maulthiere zuführen soll, mit einer starken Eskorte zu versehen, damit der Transport den auf ihn lauernden Mormonen nicht in die Hände falle.

— [Schiffsrück.] Auf den Rissen von Florida gingen im Jahre 1856 nicht weniger als 71 Schiffe im Werthe von 4,484,000 Dollars, im Jahre 1857 dagegen 59 Schiffe im Werthe von 2,763,450 Doll., die Frachthälter mitgerechnet, zu Grunde.

### Vom Landtage.

#### Herrenhaus.

Die Herren v. Zander und Genossen haben folgenden Verbesserungsantrag zu dem Berichte der Justizkommission über den Antrag der Herren Hlben und Graf v. Voß-Buch (S. Nr. 43) gestellt: „Das Herrenhaus wolle beschließen: in Erwägung der von dem Vertreter der königl. Staatsregierung abgegebenen Erklärung, insbesondere, daß der Nürnberger Konferenz bereits Stoff zur Verabreichung etwaiger Abänderungen der Allgemeinen Beschlußordnung vorläge, daß namentlich dort zur Erörterung kommen werde: ob rücksichtlich der Beschlußfähigkeit Modifikationen einzuführen seien? daß es aber am wenigsten für Preußen gerathen sein möchte, mit solchen Abänderungsanträgen im gegenwärtigen Zeitpunkte hervorzutreten; und in weiterer Erwägung: daß über Nachtheile, welche die Beschlußfähigkeit auch nicht handelsreibender Frauen herbeigeführt hätte, keine Klagen und Beschwerden laut geworden sind, daß also ein Bedürfnis der Abänderung des bestehenden Gesetzes nicht nachgewiesen ist, und eine Abänderung um so bedenklicher erscheint, als dadurch den Theilnehmern ein ihnen ertheiltes, zur Hebung des persönlichen Credits sehr wirksames Recht entzogen werden würde, 1) den Antrag der Justizkommission abzulehnen, vielmehr 2) zur Tagesordnung überzugehen.“

Die Herren Graf v. Jbenpliz und Genossen haben folgenden Antrag gestellt: Das Herrenhaus wolle beschließen: die königl. Staatsregierung zu ersuchen, in dem geeigneten Wege dahin zu wirken, daß das in einzelnen deutschen Bundesstaaten leider zur Zeit noch konfessionirte gewerksmäßige Halten öffentlicher Spielhäuser sich des obrigkeitlichen Schutzes nicht mehr erfreue, und demgemäß dergleichen neue Konzessionen hinfür nicht mehr ertheilt, die bereits bestehenden aber so bald als möglich beseitigt werden. Motivirt wird der Antrag: Wenn das Laster strafbaren Hazardspieles, welches erfahrungsmäßig der Opfer gar viele fordert, in einzelnen deutschen Ländern nicht allein geduldet, sondern als Einnahmequelle öffentlich konfessionirt wird, so liegt der Wunsch sehr nahe, solchen abnormen Zuständen so bald als möglich in dem geeigneten Wege Abhilfe zu verschaffen, und dies um so mehr, als Preußen in Beseitigung dieser Uebelstände bereits entschieden vorangegangen ist.

#### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 18. März. In der gestrigen 19. Plenarsitzung wurde zunächst die Interpellation des Abg. Ziegler, betr. die Richtung der Fortsetzung der Rheine-Danabrücker Bahn, vorgelesen. Der Handelsminister erklärte sich bereit, dieselbe sofort zu beantworten und sprach, nachdem der Abg. Ziegler seine Frage ausführlich begründet hatte, etwa Folgendes: „Nach dem mit der Krone Hannover geschlossenen Staatsvertrag hat Preußen sich damit einverstanden erklärt, daß diese Bahn durch die hannoversche Grafschaft Bentheim geführt werden soll. Bei den gegenwärtig in Münster stattfindenden Verhandlungen hat die diesseitige Regierung die von dem Abg. Ziegler gewünschte Linie, welche in der Nähe der Stadt Gronau das preussische Gebiet berührt, vorgeschlagen und festgehalten, und dieser Vorschlag gründet sich auf dieselben Erwägungen, welche der Abgeordnete vorgebracht hat. Dagegen ist von Seiten der Bevollmächtigten der beiden anderen Staaten eine andere Linie vorgeschlagen, welche von Göttinge aus direkt in die hannoversche Grafschaft übergehen und somit das preussische Gebiet nicht berühren soll. Ich erlaube mir, eine Karte von beiden Linien zu den Akten des Hauses zu reichen. Das ist die gegenwärtige Lage der Sache und das Haus wird die Rückfichten würdigen, welche die Regierung bestimmen, die Verantwortung auf diese Lage zu beschränken. Die Regierung darf das Vertrauen in Anspruch nehmen, daß sie das preussische Interesse mit allen Kräften wahrnehmen werde.“ (Bravo!) Hierauf ging man zur Verabreichung des Staats für die Justizverwaltung über. Der Abg. Harfort nahm zuerst das Wort und beklagte sich über die Höhe der Gerichtskosten, und wurde dabei von dem Abg. v. Gerlach sofort unterstützt, als dieser auch die Sporteln bei Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit als zu hoch angriff. Der Abg. Wenzel sprach die Erwartung aus, daß eine Ermäßigung der Sporteln wohl schon der nächste Etat bringen dürfte. Der Abg. Graf Pfeil wies auf die hohen Kosten im Wechselprozeß hin und erklärte, daß er im Auftrage von Berliner Handwerkern spreche, die sich scheuten, mit einer Petition vor das Haus zu treten, weil dadurch nur zu leicht ihr Kredit geschmälert werden könnte. Der Justizminister erwiderte, daß die Wechselprozesse in Folge der letzten Handelsereignisse sehr zugenommen hätten, aber in der neuesten Zeit, nach Angabe des hiesigen Stadtgerichts, wieder bedeutend zurückgegangen wären; ebenso hätte sich auch die Zahl der Schuldengefangenen vermindert. Hierauf wurde diese Position genehmigt. Bei Titel III, „die persönlichen Ausgaben für das Obertribunal“ betreffend, war von der Kommission, weil ein Ausßerbegehalt wiederum zum Ansat gebracht worden, der Antrag gestellt: „die Erwartung auszusprechen, daß die königliche Staatsregierung die in der Kolonne „Künftig wegfallend“ aufgenommenen Befolgungen oder Emolumente bei Erledigung der betreffenden Stelle nicht wieder verleihe.“ Dieser Antrag wurde vom Hause ohne Debatte angenommen.

In Bezug auf die sachlichen Ausgaben für die sämtlichen Obergerichte im Betrage von 82,504 hatte die Kommission den schon in früheren Sesssionen gestellten Antrag dem Hause zur Annahme empfohlen. Derselbe lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, der königl. Staatsregierung zur bringenden Erwägung anheim zu geben, ob nicht mehrere Obergerichte eingehen können und mit den dadurch eintretenden Ersparnissen eine Verbesserung des Einkommens der Justizbeamten herbeigeführt werden kann?“ Zur Verteidigung dieses Antrages ließen sich nur vernehmen die Abgeordneten v. Palow und Wenzel, alle die übrigen Redner, Rhoden, Mariard, Wagnier, v. Bodum-Dolfs etc. sprachen für seine Verwerfung, die denn auch mit großer Majorität erfolgte. Dasselbe Loos theilte der Antrag des Abg. Ghoslowski: „Das Haus



möge den Wunsch aussprechen, daß die Regierung für die als Dolmetscher der polnischen Sprache in der Provinz Posen fungierenden Beamten einen besonderen Etat fixiren und ihre Gehalte denen der Sekretäre gleichstellen möge." Bei dem Titel „extraordinäre einmalige Ausgaben“ ist in der Kommission die Bemerkung gemacht, daß die Verdienste der gerichtlichen Gefangenen zu dem wirklichen Staatsfonds zu rechnen sein, weshalb von ihr der Antrag gestellt wurde: „Die Erwartung auszuspochen, daß die Verdienste der gerichtlichen Gefangenen, unbeschadet der über ihre Verwendung bestehenden Bestimmungen, fortan in die Etats bei der Einnahme wie bei der Ausgabe werden nachgewiesen werden.“ Dagegen beantragte Dr. Wenzel: „Das Haus wolle beschließen: die Erwartung auszuspochen, daß in dem nächsten Etat der Justizverwaltung der, nach der Kabinetsordre vom 20. März 1846 zur Gefängnisverbesserungsmaße fließende Antheil an dem Arbeitsverdienst der Strafgefangenen in gerichtlichen Gefängnissen, ersichtlich gemacht und daß über die Verwendung Auskunft erteilt werden wird.“ Dieser Antrag wurde angenommen, nachdem ihm auch der Justizminister den Vorzug eingeräumt. Die Schlussverhandlung bildete der Antrag des Abg. Kaiser, betr. die Erhöhung der Gebühren eines Theiles der rheinischen Friedensrichter. Das Haus genehmigte den Kommissionsantrag: Die Erwartung auszuspochen, daß die königl. Staatsregierung baldmöglichst auf dem Wege der Gesezgebung eine Abänderung des Civilkostenarates vom 16. Febr. 1807 in der Art herbeiführen werde, daß sämtliche Friedensrichter gleichmäßig für die in diesem Tarife namhaft gemachten Verrichtungen nach dem jetzt geltenden höchsten Satze für Vaktionen remunerirt werden.

Von den am 12. d. im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gekommenen Petitionen aus der Provinz Posen haben wir noch die nachfolgenden mitzutheilen:

Die Hausbesitzer Stüber, Hecht, Brandrup (nicht Bromdrup, wie irrthümlich in Nr. 61) und Rosenberg aus Großwo, einer unmittelbaren an die Stadt Bromberg anstossenden Ortschaft, überreichen ein Ges. Bittschriften an das k. Provinzial-Steuerdirektorium in Posen und an das k. Finanzministerium wegen Aufnahme ihrer Häuser in den engeren Mahl- und Schlachtfleischbezirk der Stadt Bromberg nebst den darauf ergangenen abschließlichen Bescheiden, so wie ihrer Kaufkontrakte und eine Karte von Großwo mit der Bitte, sich über anzunehmen und die Genehmigung ihres Antrags herbeizuführen. Sie führen an, daß ein Theil der zur Ortschaft Großwo gehörigen Gebäude, insbesondere auch das Grundstück, von dem ihre Baupläge als Vorzellen abgetheilt seien und mit welchem zusammen ihre Häuser eine Fortsetzung der Bromberger Wilhelmstraße bilden, in den engeren Mahl- und Schlachtfleischbezirk aufgenommen, und daß dem Professor Hempel, von dem sie ihre Baupläge erworben, bei der von demselben begonnenen Rebauung des ihm gehörigen Territoriums zu Großwo versprochen sei, daß die auf demselben zu errichtenden Wohnhäuser zum Mahl- und Schlachtfleischbezirk gehören sollten. Dies sei nun allerdings mit den von j. selbst erbauten Wohnhäusern der Fall, doch sei unmittelbar hinter denselben die Steuerlinie festgesetzt, so daß sie mit ihren Wohnhäusern, obgleich im engen Anschluß an die vorliegenden Grundstücke belegen, dennoch bereits außerhalb der Steuerlinie sich befänden, und den Nachtheil hätten, daß sie und ihre Einwohner nicht allein Klassensteuer zahlen müßten, sondern auch genöthigt seien, da sie alle ihre Lebensmittel aus der Stadt resp. versteuert zu beziehen gezwungen wären, bei dem Einkauf derselben die Mahl- und Schlachtfleischsteuer mit zu entrichten. Sollte dies Verhältnis sich nicht ändern, so seien sie der Gefahr ausgesetzt, entweder ihre Häuser, welche größtentheils aus Beamten und unabhängigen Leuten beständen, ganz zu verlieren, oder für einen Preis zu vermiethen, der kaum die Zinsen zur Erhaltung der Gebäude trüge, denn jeder Weibchen von größerem Einkommen stöße sich an der Zahlung der Klassensteuer. Schließlich wird bemerkt, daß die Kontrolle ihrer Wohnhäuser, da dieselben von der Thorkontrolle aus eben so gut beaufsichtigt werden könnten, als die Hempelschen Grundstücke, durchaus keine Nachtheile verursachen würde, um so weniger, als für dieselben auch jetzt bereits wegen der dort wohnenden beiden Kaufleute, welche mit Mehl und Fleischwaren handeln und solche nur versteuert feil halten dürfen, eine Kontrolle durch die Steuerbeamten bestehe. Petenten behaupten, daß sowohl das Steueramt in Bromberg, als auch der Provinzial-Steuerdirektor, und zwar in Folge einer Falschbestimmung, und die k. Regierung zu Bromberg sich für ihren Antrag ausgesprochen und die Einschließung von Großwo in den engeren Mahl- und Schlachtfleischbezirk von Bromberg für unabwieslich erklärt hätten, und daß nur die Befürchtung vor dem Ausfall an baaren Einnahmen resp. der Klassensteuer der Grund sein könne, daß ihren Anträgen bisher nicht stattgegeben worden. Dieser Verlust an baaren Einnahmen rechtfertige jedoch nicht ihre Doppelbesteuerung. In dem Bescheide des Herrn Finanzministers vom 27. Oktober 1857 ist kurz ausgesprochen, daß das Gesuch der Petenten einer nochmaligen Prüfung unterworfen worden sei, daß es jedoch zur Zeit nicht für zulässig erachtet werden könne, denselben zu willfahren. Die Exemplifikation hinsichtlich der vom Professor Hempel erbauten Gebäude wird als auf einem Irrthum beruhend bezeichnet, da diese Gebäude auf dem auch früher zum Stadtbezirk gehörig gewesenen Areal, beziehungsweise im unmittelbaren Anschluß an dasselbe, erbaut seien, während der Grund und Boden, auf welchem die Häuser der Petenten errichtet sind, stets zum äußeren Mahl- und Schlachtfleischbezirk der Stadt von Bromberg gehört habe, und dem H. keineswegs eine allgemeine Zugabe der von Petenten vorausgesetzten Art gemacht worden sei. Im Uebrigen komme in Betracht, daß sich viele Grundbesitzer der Großwo und anderer Vorstädte mit Petenten in ähnlicher Lage befänden, es mithin zu zahlreichen und begründeten Klamationen führen würde, wenn dem Gesuche entsprochen werden sollte. Von dem Regierungskommissarius wurden zunächst die Ausführungen der Petenten dahin berichtet, daß der Bericht des Provinzial-Steuerdirektoriums zu Posen sich nicht für die Berücksichtigung des Antrages, sondern dagegen ausgesprochen habe; und wird demnach Namens der Regierung folgende Erklärung abgegeben: „In dem das Gesuch der Bittsteller um Einverleibung ihrer Grundstücke in den engeren Stadtbezirk von Bromberg nur zur Zeit abgewiesen sei, habe sie bereits angedeutet, daß künftig darauf werde eingegangen werden können. In Betracht aber, daß es nicht statthaft habe erscheinen können, jenem Gesuche zu entsprechen, ohne zugleich ähnliche Gesuche zu berücksichtigen, daß dies aber nur bei gleichzeitiger Errichtung neuer Thorkontrollen und Anstellung mehrerer Steuerbeamten thunlich sei, könne die Aufwendung bedeutender Baukosten, so wie die Vermehrung der laufenden Verwaltungsausgaben um mindestens 1000 Thlr. jährlich erst dann für zulässig erachtet werden, wenn der auf dem linken Ufer der Stadt gelegene Stadttheil, in der Richtung nach dem Bahnhofe zu, weiter ausgebaut sein werde, indem bis zu diesem Zeitpunkte jene erheblichen Ausgaben außer Verhältnis mit der zu schätzenden Steuerflaute. Besondere Gründe ständen übrigens den Bittstellern, welche die öffentlich bekannt gemachte Grenze des Stadtbezirks hätten kennen müssen, nicht zur Seite, und habe deshalb die Regierung es nicht für begründet erachten können, zu ihren Gunsten eine ausnahmsweise Behandlung eintreten zu lassen.“

Die Kommission hält ungeachtet dieser Ausführungen den Antrag der Petenten dennoch für berücksichtigungswürdig. Zunächst könnten dieselben, als sie auf den von dem Hempelschen Grundstücke abgetheilten Parzellen ihre Wohnhäuser hauptsächlich zur Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Geschäftsleute, für welche die Wohnungen in der Stadt bereits nicht mehr ausreichten, erbauten, sehr wohl in dem Wahne sich befinden haben, daß diese Wohnhäuser in den engeren Steuerbezirk aufgenommen werden würden, da dem Hempel hinsichtlich der von ihm selbst erbauten Wohnhäuser gleicher Art, die wenigstens zu einem kleinen Theile über die frühere Steuerlinie hinausreichten, auf seine vorherige Anfrage eine solche Versicherung von der Steuerbehörde erteilt war. Es erscheint daher billig, daß dieselbe Berücksichtigung, welche dem Besitzer des Hauptgrundstücks gewährt worden, auch den Besitzern der Zersplitterungen, welche unmittelbar anstossen und eine ganz gleiche Lage haben, zu Theil werde. Wenn dazu berücksichtigt wird, daß dieselben in der Fortsetzung derselben Straße liegen, in welcher die Thorkontrolle belegen ist, und kaum entfernt, als die Hempelschen Häuser, so läßt sich nicht annehmen, daß die Berücksichtigung dieser neu aufzunehmenden Häuser für die Steuerbehörde irgend welche Nachtheile, oder Mehrkosten verursachen sollte. Die Steuerlinie würde dadurch vielmehr noch eine regelmäßiger werden, als sie es jetzt an dieser Stelle ist, und die Aufsicht vielmehr noch erleichtern. Da bei dem jetzigen Verhältnis sowohl die Einwohner der

mehreren Häuser wegen der doppelten Steuerzahlung als auch die Eigenthümer wegen Schmälerung der Miete benachtheiligt sind, so erscheint es durchaus billig, die Berücksichtigung des Antrags der Petenten nicht so lange hinauszuverschieben, bis die projectirte allgemeine Aufnahme der Vorstädte von Bromberg in den engeren Steuerbezirk einmal ins Leben tritt, was nicht sobald zu erwarten sein dürfte, sondern schon jetzt die Aufnahme der betreffenden Grundstücke in den engeren Bezirk zu bewirken, da dies unabhängig von dem allgemeinen Plane der anderweitigen Regulirung der Steuerlinie ohne Veränderung der bisherigen Organisation der Aufsicht und ohne Mehrkosten geschehen kann. Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission in ihrer Majorität die Petition der Hausbesitzer Stüber und Genossen der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“

## Militärzeitung.

**Rußland.** [Bestand der russischen Infanterie nach der stattgehabten Reduktion.] Die vielbesprochene Reduktion der russischen Armee, die nunmehr bei der Infanterie wenigstens als ziemlich ausgeführt betrachtet werden darf, vermindert durch Auflösung von je einem Bataillon per Regiment die Stärke dieser Waffe im Vergleich zu der Bataillonanzahl unter der Regierung des Kaisers Nikolaus zwar anscheinend um  $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{3}$ , gewährt dafür derselben aber durch die neulich in unserer Zeitung schon besprochene Vermehrung der Scharfschützenbataillone von zusammen früher 18 auf gegenwärtig 56, wie durch die Hinzufügung von je einer besonderen fünften Kompagnie Scharfschützen zu jedem der bestehenden gebliebenen Bataillone einen so bedeutenden Ersatz, daß sie in Wirklichkeit kaum als etwas anderes, denn als eine veränderte und in Wahrheit verbesserte Organisation des russischen Fußvolks betrachtet werden darf. Dieses besteht nunmehr an unmittelbar aktiven und vor dem Feinde verwendbaren Truppen in dem Gardekorps zu drei Divisionen à 2 Brigaden von je 1—2 Regim. und statt früher 3 jetzt 2 Bataillonen, aber das Bataillon statt ehemals aus 4, gegenwärtig aus 5 Kompagnien, zusammen also aus 24 Bataillonen oder 12 Regimentern, wozu noch für jede Division, wie überhaupt durch die ganze Armee ein Scharfschützenbataillon. Ferner aus dem Grenadier- und den 6 Infanteriekorps von ganz gleicher Zusammensetzung, das Regiment jedoch nicht zu 2, sondern statt früher 4, jetzt zu 3 Bataillonen, und dazu noch das abgesonderte kaukasische Korps, das an eigentlichen Feldtruppen 1 Grenadier- und 3 Infanteriedivisionen, jede zu 4 Regimentern à 3 Bataillonen befißt, wie das abgesonderte orenburgische, das sibirische und das finnische Korps, welche alle aber nur als Lokalkorps zu betrachten sind und hier deshalb nicht mit aufgeführt zu werden brauchen.

Im Ganzen giebt dies somit an unmittelbar aktiven und im Felde verwendbaren Truppen in 28 Divisionen zu je 4 Regimentern und 1 Scharfschützenbataillon zunächst 112 Regimentern, wovon 12 zu 2, alle übrigen aber zu 3 Bataillonen à 5 Kompagnien, also, exklusive der Scharfschützen, 324 Bataillonen, oder in Kompagnien ausgedrückt 1620 Kompagnien, wogegen zwar bis zum vorjährigen Jahre dieselben Abtheilungen 436 Bataillone, aber desungeachtet nur 1744 Kompagnien zählten, welche durch die Vermehrung um 19 Scharfschützenbataillone mit zusammen 76 Kompagnien nahezu vollkommen aufgewogen werden. Die hier übrigens gegen den früheren Bestand noch ausfallenden 48 Kompagnien werden durch die neue Organisation der russischen Reservebataillone indeß nicht nur vollends vergütet, sondern die russische Infanterie wird dadurch auf eine Stärke gebracht, die sie früher, selbst 1853 und 1854, noch niemals erreicht hat, und wobei noch zu berücksichtigen, daß die nunmehrigen, nach einem ungefähren Muster wie das erste Aufgebot der preussischen Landwehr und aus geübten Soldaten gebildeten Reservebataillone mit den ehemaligen, meist aus neu ausgehobenen Mannschaften zusammengestellten gar keinen Vergleich aushalten. Bei der Garde und den Grenadieren ist jedoch diese letzte Organisation erst soweit vollendet, daß jedes Regiment für den Krieg um 1 Bataillon vermehrt werden kann. Bei den 84, oder die kaukasische Grenadierdivision dazu gerechnet, 88 Linienregimentern ist dagegen schon die Organisation von 3 Bataillonen zu jedem Regimente, wie 1 Scharfschützenbataillon zu jeder Division in den für den Frieden bestehenden Kadren vollkommen vollendet, so daß also diese Truppenabtheilungen für den Kriegsfall genau auf die doppelte Bataillonszahl gesetzt werden können, was demnach gegenwärtig bereits noch eine zweite Reserveinfanterie von bei der Garde und den Grenadieren 24, bei den 6 Infanteriekorps aber, die Schützen eingerechnet 222, zusammen also 246 Bataillone ausmacht, wonach somit bereits in diesem Augenblicke die vor dem Feinde verwendbare russische Infanterie auf zusammen 598 Bataillone zu je 5 Kompagnien oder etwa 1200 Mann, d. v. i. auf ungefähr 700,000 Mann berechnet werden darf.

## lokales und Provinziales.

**Posen, 18. März.** [Schwurgericht.] Die Verhandlung vor den Geschworenen am 15. d. war nicht uninteressant; auf der Anklagebank saßen die Schneidermeister Eidel Glas aus Schrimm, der Handelsmann Hirsch Israel, auch Bachag genannt, aus Moischin, und der Schneidermeister Isaac Baum aus Schrimm, die beiden Ersten des kassations Weineides, Begleiter der verurtheilten Verleitung zum Weineide angeklagt. In einer Bagatell-Prozesssache des Schöpfers Nowakowski wider den Schneidermeister Isaac Baum wegen einer Darlehensforderung von 8 Thlr., welche vor dem Kreisgericht in Schrimm im Jahre 1855 verhandelt wurde, hatte Verkl. eingewendet, daß er die eingeklagte Schuld dem Kläger schon im letzten Winter vor Anstellung der Klage zurückgezahlt habe, und sich hierüber auf das Zeugnis der Frau Eidel Glas und des Hirsch Israel berufen. Beide sind vernommen worden und haben ihr Zeugnis mit einem Eide bekräftigt. Die Anklage behauptet, daß dasselbe in mehrfacher Beziehung falsch abgegeben, und daß Baum dabei in strafbarer Weise auf sie eingewirkt habe. Die Eidel Glas hatte bei ihrer am 25. Febr. 1856 vor dem Bagatellrichter gesprochenen Vernehmung auf die Frage, ob Jemand durch Geschenke oder Versprechungen sie zur Ablegung eines bestimmten Zeugnisses habe veranlassen wollen, erklärt, der Kläger Nowakowski habe sie aufgefordert, in dem Termine auszusagen, daß sie nichts wisse; er habe ihr dafür 5 Sgr. gegeben, dann ihr das Geld mit dem Bemerkten, daß es zu wenig sei, wieder abgenommen, wonach er ihr 2 Thlr. 15 Sgr. versprochen und 15 Sgr. abschlägig bezahlt habe, obwohl sie ihm nicht zugesagt, auf sein Verlangen eingehen zu wollen. In der Sache selbst bekundete sie, daß der Verklagte Isaac Baum in seiner Wohnung etwa vor einem Jahre einem polnischen Bauer nach vorgängiger Verhandlung mit demselben in ihrer Gegenwart Geld gezahlt habe. Sie erkannte den Kläger mit hoher Wahrscheinlichkeit, jedoch nicht bestimmt, als jenen Bauer wieder. Der Kläger Nowakowski hatte diese Aussage für eine Lüge erklärt und die in Folge dessen noch einmal vernommene Zeugin hatte dieselbe dann widerrufen und nunmehr angegeben: Nowakowski habe sie unmittelbar vor ihrer Vernehmung in dem Termine gefragt, was sie aussagen würde, worauf sie ihm erwidert habe, daß sie nichts wisse. Da sie sich vom Gerichte entfernen wollte, ohne ihre Vernehmung abzuwarten, habe ihr Nowakowski 5 Sgr. gegeben, um sie zum Bleiben zu bewegen, ihr dann aber dieselben wieder abgenommen, jedoch ohne ihr 2 Thlr. 15 Sgr. zu versprechen; die Ehefrau des Klägers habe ihr so dann 15 Sgr. geschickt. Somit habe sie Nowakowski nicht zu einem Zeugnisse bereben wollen, wohl aber habe dies der Verklagte Isaac Baum gethan; er habe sie nämlich aufgefordert, so auszusagen, wie der vor ihr vernommene Bachag ausgesagt habe. Sonach hatte die Eidel Glas in doppelter Beziehung ein falsches Zeugnis abgelegt: sie hatte gegen besseres Wissen den Nowakowski beschuldigt, einen Verlesungsversuch gemacht zu haben und gegen besseres Wissen verschwiegen, daß Baum auf ihr Zeugnis einzuwirken versucht hatte. Die Richtigkeit ihrer zweiten Aussage wurde bestätigt durch

den Kläger Nowakowski. Dieser, ein gerader, ehrlicher Bauer, erzählte, wie eines Tages der Chemann der Eidel Glas, Abraham Glas, in Begleitung des Handelsmanns Henschel Breslauer zu ihm gekommen sei, daselbst über seinen Prozeß mit Baum gesprochen und bei der Gelegenheit ihm mitgetheilt habe, daß Baum seine Ehefrau aufgefordert, für ihn Zeuge zu sein, und ihr dafür 5 Thlr. versprochen habe. Nun wisse seine Frau aber nichts und würde auch vor Gericht nichts aussagen; Nowakowski solle jedoch, wenn er den Prozeß gewinne, ihm 5 Thlr. abgeben. Den Hergang vor dem Termine erzählte Begleiter fast ganz so, wie die Eidel Glas bei ihrer späteren Vernehmung ihn bekundet hatte. Auch Abraham Glas und Henschel Breslauer wurden vernommen; in der Voruntersuchung hatten sie, jedoch nicht eidlich, Nowakowski's Aussage im Allgemeinen bestätigt; vor den Geschworenen wußten sie sich indeß Anfangs auf gar nichts zu besinnen (Ihr kurzes Gedächtniß entschuldigten sie beide mit dem Umstande, daß sie „Familienväter“ seien). Als ihnen jedoch ihre frühere Aussage Punkt für Punkt vorgehalten wurde, ermahnte ihr Gedächtniß wieder und sie erklärten sich schließlich bereit, jene Aussage zu beschwören. Ihr ganzes Auftreten machte indeß einen solchen Eindruck, daß der Gerichtshof beschloß, sie nicht zum Schwur zu verurtheilen.

Die zweite Aussage der Eidel Glas lieferte zugleich das Material zur Anklage gegen Isaac Baum wegen versuchter Verleitung zum Weineide. Es ist bereits angeführt, daß hiernach Baum die Glas mit einem Versprechen von 5 Thlr. dazu hatte bewegen wollen, so auszusagen, wie Bachag ausgesagt hatte. Bachag hatte aber bekundet, daß er im vergangenen Winter den Kläger und Verklagten auf dem Markte in Schrimm getroffen habe, daß er sich dann mit ihnen in die Wesołowski'sche Schänke begeben, daß der Verklagte dem Kläger Geld gegeben, und dieser sich für befriedigt erklärt habe. Aus der Aussage der Eidel Glas geht hervor, daß sie bei diesem angeblichen Vorfall gar nicht zugegen gewesen ist; denn der von ihr bekundete Vorgang hätte sich weder auf dem Markte in Schrimm, noch in der Wesołowski'schen Schänke, sondern in der Wohnung des Baum zutragen. Wenn also Baum die Glas aufgefordert hat, dasselbe auszusagen, was Bachag bekundet hatte, so hat er sie zur Ablegung eines falschen Zeugnisses zu verleiten gesucht. Gegen Baum lag außer der Verleitung der Eidel Glas auch das Zeugnis ihres Chemannes vor, welcher in der Voruntersuchung dieselbe ausdrücklich bestätigt hatte. In der öffentlichen Verhandlung widerrief er dies zwar Anfangs, wollte sich jedoch später des Vorganges wieder erinnern. Außerdem kamen noch zwei andere Fälle eines solchen von Baum ausgegangenen Versuches zu werden, zur Sprache; Abraham Glas und die verheiratete Frau Glas hatten in der Voruntersuchung und schließlich auch vor den Geschworenen dergleichen bekundet. So wenig Gewicht nun auch auf das Zeugnis dieser Personen gelegt werden konnte, so war es doch unumstößlich, daß den Baum vollends zu charakterisiren. Der dritte Genosse im Bunde war Hirsch Israel (Bachag). Er hatte sich bereits mehrfach in Untersuchung befunden, war in den Jahren 1828, 31 und 35 des Diebstahls angeklagt, das letzte Mal auch überführt und mit 3 Monaten Zuchthaus bestraft worden; endlich im Jahre 1852 wegen Weineides zur Untersuchung gezogen, indeß freigesprochen worden. In der vorerwähnten Prozesssache Nowakowski wider Baum hatte er auf die Frage, ob er sich in Untersuchung befunden und bestraft sei, nur den letzten Fall seiner Untersuchung wegen Weineides erwähnt, die Vorbestrafungen aber verschwiegen; in der Sache selbst ist seine Aussage bereits oben mitgetheilt worden. Er will nun die Vorbestrafungen in der Meinung verschwiegen haben, daß dieselben verjährten seien, auch nicht daran gedacht haben. Dagegen spricht aber der Umstand, daß gerade seine frühere Untersuchung wegen Weineides deshalb erhoben war, weil er auch damals bei einer Vernehmung als Zeuge die Bestrafung wegen Diebstahls verschwiegen hatte.

Sein Zeugnis in der Sache selbst, wie es niedergeschrieben, erkannte Bachag selbst als unrichtig an; er will jedoch bei seiner Vernehmung überhaupt nur von einem unbekannten Bauer gesprochen, diesen aber keineswegs als den Kläger bezeichnet haben. Diesen Angaben widerspricht nun aber die Fassung des Protokolls über seine Aussage, in der ausdrücklich vom Kläger die Rede ist, sodann aber auch die amtliche Versicherung der beiden Gerichtspersonen, welche seine Vernehmung bekräftigen. Diese erklärten, daß dabei, weil der zweideutige Ruf des Bachag ihnen bekannt war, mit besonderer Genauigkeit verfahren und daß dieselbe Sorgfalt auch auf die Fassung der dem Zeugen vorgelesenen und von ihm genehmigten Verhandlung verwendet worden sei. Beide wissen sich mit Bestimmtheit zu erinnern, daß sie den Bachag mit dem Namen und dem Objekte des Prozesses bekannt gemacht, und daß dieser dann nicht von einem unbekannten Bauer, sondern vom Kläger gesprochen habe.

Die Aussagen der jüdischen Zeugen hatten, da sie abwechselnd bald jede Wissenschaft von den in der Voruntersuchung befundenen Thatsachen leugneten, bald dieselben vollkommen bestätigten, schließlich eine solche Verwirrung in die Sachlage gebracht, daß hier so recht ein Fall vorlag, in welcher sich das Rejusse des Vorfindens als notwendig erwies, um das Gerüchte zu klären und ein sachgemäßes Urtheil zu ermöglichen. Nach langer Beratung sprachen die Geschworenen das „Schuldig“ über alle drei Angeklagten aus. Der Gerichtshof verurtheilte demnach die Eidel Glas zu zwei, die beiden anderen Angeklagten aber zu je vier Jahren Zuchthaus.

**S. Posen, 19. März.** [Theater.] Ein Theil unserer hiesigen Leser erinnert gewiß noch mit Vergnügen sich der dramatischen Vorstellung, welche im vorigen Herbst Seitens der Advancirten unserer Artillerie zum Besten der Abgebrannten in Bojanowo im hiesigen Stadttheater veranstaltet wurde. Der Verein ist aufs Neue thätig gewesen, um wiederum seine Kräfte einem wohlthätigen Zwecke widmen zu können. Am nächsten Sonntag wird er im Stadttheater, zur Vorfeier des Geburtsfestes Sr. K. H. des Prinzen von Preußen, eine Vorstellung geben, welche neben einem Festprolog u. eine Anzahl kleinerer, heiterer Stücke bringt, die sehr wohl geeignet sind, das Publikum ein Paar Stunden angenehm zu unterhalten. Ist schon das geeignet, bei dem jetzigen Mangel an dramatischen Vorstellungen, lebhaftere und ausgedehntere Theilnahme zu erwecken, so dürfte dieselbe um des löblichen Zweckes willen sich wohl noch steigern. Der Ertrag ist nämlich zur Unterstützung der Invaliden, der Militärwitwen und Waisen der hiesigen Garnison bestimmt. Wir haben bei ähnlicher Gelegenheit darauf hingewiesen, wie sehr erwünscht eine namhafte Beihilfe gerade auch für diesen Zweck sei, wie in jenen Kreisen auch so manche drückende Noth und Sorge auf die thätige Liebe wohlwollender Herzen harret, und wir glauben nicht nöthig zu haben, dies hier erst nochmals zu wiederholen. Möge denn der Erfolg auch diesmal dem edeln Willen entsprechen, und durch recht zahlreiche Theilnahme der Ertrag ein reichlicher werden, mit dem viele Kummerfallen geglückt, viele Thränen getrocknet werden können.

[Französische Vorträge.] Herr Cheuvreux hat am vorigen Sonnabend seine Vorträge über französische Literatur wieder aufgenommen, und ist in das Zeitalter Ludwigs XIV. eingetreten. Interesse hat namentlich seine Charakteristik Cornelle's geboten. Die weiteren Vorträge werden ohne Unterbrechung an den nächsten Sonntagen Nachmittags 5 Uhr im großen Saale der Realschule stattfinden.

**F. Rogasen, 18. März.** [Markt; Gesundheitszustand; Rektorschule; Verschiedenes.] Der erste diesjährige Markt am 15. d. war im Ganzen sehr zahlreich besucht, wozu die Störung des Marktes zu Schoppen durch das Unwetter am Anfang voriger Woche beigetragen haben mag. Am meisten Leben war auf dem Neumarkt, wo schon in früher Vormittagsstunde trotz des mit diesem Tage eintretenden vollständigen Thauwetters, welches den ungepflasterten Platz in einen Sumpf verwandelte, der Kindiech- und Pferdehandel in großer Ausdehnung begann; die Preise waren im Verhältnis zu den gedrückten Getreidepreisen nicht ungünstig. Von den Verkäufern aus dem Krammmarkt wurde freilich geklagt, more majorum. Daß es an mancherlei ergötzlichen Szenen aus dem Volksleben, vorzugsweise unter dem Einfluß des modernen Reflers, nicht fehlte, versteht sich von selbst, sie gehören ja mit zu dem eigenthümlichen Charakter, den ein solcher polnisch-deutscher Markt im Gegenlag zu einem rein deutschen sich bewahrt. — Der Gesundheitszustand der Stadt hat sich in letzter Zeit einigermaßen verschlimmert, (Fortsetzung in der Beilage.)



BAZAR. Kaufmann Silberschmidt aus Heidingsfeld.

**Michaelis Reich, Bronferstraßen-Cafe Nr. 91.**

**G. Woppe, Tischlermeister.**

Ein guter Flügel ist vom 1. April c. ab zu vermieten. Näheres gr. Werberstraße Nr. 50.

**Michaelis Reich, Bronferstraßen-Cafe Nr. 91.**



